

Ja zur EU-Feuerwaffenrichtlinie

Eine klare Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission will Schengen nicht gefährden

Von Beni Gafner, Bern

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats ist gestern auf die Bundesratsvorlage zur Genehmigung und Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie eingetreten. Der Entscheid fiel mit 15 zu 9 Stimmen. Die neun Gegenstimmenden rekrutierten sich aus den Reihen der SVP. Deren Anträge auf Sistierung und auf Rückweisung der Vorlage, die im Namen des Terror-schutzes und auf Geheiss der EU das Schweizer Waffenrecht verschärfen will, wurden ebenfalls klar abgelehnt.

Der Entscheid zum Eintreten auf die Vorlage sei geprägt gewesen durch das Ziel der Mehrheit, das Schengen-Assoziierungsabkommens nicht zu gefährden und die EU-Waffenrichtlinie möglichst pragmatisch umzusetzen, heisst es in einer Mitteilung, die am Abend veröffentlicht wurde. Die Detailberatung zum Geschäft soll Mitte Mai stattfinden. Die Vorlage soll in der Sommersession im Nationalrat als Erstrat behandelt werden.

Mit dem ebenfalls 15 zu 9 abgelehnten Rückweisungsantrag hätte der Bundesrat beauftragt werden sollen, alle über die EU-Feuerwaffenrichtlinie

hinausgehenden Einschränkungen aus dem Entwurf zu entfernen; dasselbe hätte für alle Regulierungen gegolten, die die Schweizer Waffentradition in irgendeiner Weise beeinträchtigen. Davon wollte die Kommissionsmehrheit von FDP, CVP und SP aber nichts wissen. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde auch ein Antrag abgelehnt, die Vorlage bis zu einem Entscheid des Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu sistieren. Dieser hat darüber zu befinden, ob die bestehenden rechtlichen Grundlagen für die EU-Feuerwaffenrichtlinie genügen. Diese Anträge seien jeweils von einer Minderheit unterstützt worden.

Aufträge für Sommaruga

Die Kommission verweist in ihrer Mitteilung zudem auf die Mitsprachemöglichkeit des Stimmvolks in dieser Sache und schreibt weiter: «Dem Volk soll mit dem fakultativen Referendum die Möglichkeit gegeben werden, sich zur Vorlage äussern zu können.» Was reichlich gönnerhaft tönt, ist aber sowieso der Fall: Gesetzesvorlagen wie diese unterstehen dem fakultativen Referendum. Ein Kommissions- oder Ratsbeschluss ist dazu nicht nötig.

Die Minderheit der Kommission sehe keine Notwendigkeit für eine Revision des schweizerischen Waffengesetzes. Sie orte Verschärfungen ohne Nutzen für die Terrorbekämpfung und warne namentlich vor dem grossen administrativen Umsetzungsaufwand, schreibt Präsident Werner Salzmann (SVP, BE) im Namen der Kommission. Vertreter der Mehrheit wie der Minderheit hätten bereits zahlreiche Änderungsanträge für die Detailberatung angekündigt.

Die Minderheit warnte vor Verschärfungen ohne Nutzen für die Terrorbekämpfung.

Die 25-köpfige Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hat mehrere Organisationen angehört. Dabei handelte es sich um Stop Suicide, die Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz, Pro Tell (Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht), die Schweizerische Offiziersgesellschaft, den Schweizer Schiesssportverband (SSV) sowie den Schwei-

zer Büchsenmacher- und Waffenhändlerverband (SBV). Überdies hat die Kommission nach eigenen Angaben von Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die den Verhandlungen beiwohnte, verlangt, zusätzliche Informationen zu den Eckwerten von Umsetzungsbestimmungen zu liefern.

Die GSoA klatscht Beifall

Für eine positive Würdigung sorgte der gestrige Kommissionsentscheid bei der GSoA, der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Obwohl die Sicherheitspolitische Kommission in erster Linie die Waffenlobby angehört habe, habe diese die Kommission nicht zu überzeugen vermocht und alle Anträge auf Sistierung oder Rückweisung der Vorlage abgelehnt.

Weiter schreibt die GSoA: «Dass die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sich nun für eine pragmatische Umsetzung der EU-Richtlinien aussprach und so das Schengen-Abkommen nicht gefährden will, ist erfreulich.» Die GSoA sei bereit, «im wohl unausweichlichen Referendums-kampf» bei der Pro-Kampagne tatkräftig mitzuhelfen. Ein restriktiveres Waffengesetz bringe mehr Schutz für alle.

6,9 Prozent mehr Gäste

Schweizer Seilbahnen zufrieden

Bern. 6,9 Prozent mehr Gäste sind im zu Ende gehenden Winter auf den Schweizer Pisten gezählt worden. Seilbahnen Schweiz will die Zahl aber nicht überbewerten, denn die Bilanzen der vorangegangenen Winter waren mager.

Angefangen hatte der Winter gut: 36,4 Prozent betrug das Gästeplus zu Beginn der Saison, wie Seilbahnen Schweiz gestern mitteilte. Dank dem frühen Wintereinbruch mit viel Schnee seien die Pisten in hervorragendem Zustand gewesen. Bis Ostersonntag schwand der Vorsprung dann aber. Grund war das Wetter: Wegen schwerer Stürme Anfang Januar mussten viele Bahnen aus Sicherheitsgründen vorübergehend abgeschaltet bleiben. Auch der Sonnenschein fehlte zunehmend.

Die Branche zeigte sich deshalb zufrieden über das Plus. Gegenüber dem Vorwinter zählten die Skigebiete 6,9 Prozent mehr Gäste (Ersteintritte). Im Mittel der letzten fünf Jahre lag der Winter 1,3 Prozent im Plus. Ob die Zunahme einen neuen Trend darstellt, müssen die nächsten Winter zeigen, wie Seilbahnen Schweiz schrieb.

Regionale Unterschiede

Je nach Region war die Entwicklung zudem unterschiedlich: Die prozentual grössten Zunahmen verzeichneten das Tessin sowie die Waadtländer und Freiburger Alpen. Im Vorjahr hatte allerdings Schneemangel den Wintersport in diesen Gebieten stark eingeschränkt. In der Zentralschweiz war die Zahl der Gäste im Vergleich zum Vorjahr um 13,2 Prozent höher und in der Ostschweiz um 10,8 Prozent. In Graubünden lag der Anstieg bei 5,4 Prozent, im Wallis bei 3,9 und im Berner Oberland bei 3,4 Prozent.

Etwas anders präsentiert sich die Gästezahl im Vergleich mit dem Fünfjahresmittel seit der Saison 2012/13. Hier lagen die Freiburger und Waadtländer Alpen mit 15,5 Prozent vorne. Ebenfalls positiv war die Entwicklung in der Zentralschweiz (plus 5,7 Prozent), im Wallis (plus 4,1 Prozent) und in der Ostschweiz (plus 2,7 Prozent). Ein Minus verzeichneten dagegen das Berner Oberland (minus 8 Prozent), das Tessin (minus 3,6 Prozent) und die Bündner Skigebiete (minus 1,1 Prozent).

Noch nicht beurteilen lässt sich laut Seilbahnen Schweiz, wie sich neu lancierte Angebote wie Tiefpreis-Saisonkarten mittels Crowdfunding oder Modelle mit dynamischen Preisen auswirken. Hier sei eine längere Vergleichsperiode nötig. Lichtblicke sind für Seilbahnen Schweiz der wieder schwächer gewordene Franken und die deshalb günstiger gewordenen Preise für Gäste aus Euro-Ländern. SDA

Ein Prozent der Schweizer Bevölkerung ist dauerhaft arm

Von 2013 bis 2016 wurde jeder Achte in mindestens einem Jahr als arm eingestuft



Jeder Franken zählt. Besonders häufig betroffen sind Alleinerziehende und Personen ohne nachobligatorische Ausbildung. Foto Keystone

Neuenburg. In der Schweiz haben 2016 rund 615 000 Personen unter Einkommensarmut gelitten. Während für die meisten Betroffenen Armut nur eine vorübergehende Erfahrung ist, gilt rund ein Prozent der Bevölkerung als dauerhaft arm. Im Vergleich zu 2015 stieg die Armutsquote der Bevölkerung in Privathaushalten von 7,0 auf 7,5 Prozent an, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern mitteilte. 2014 lag dieser Anteil noch bei 6,7 Prozent. Für das BFS bewegt sich der Anstieg seither innerhalb des statistischen Schwankungsbereichs.

Von den Erwerbstätigen lebten 3,8 Prozent unterhalb der Armuts-grenze, was 140 000 Personen entspricht. Wie in den Vorjahren wurden 2016 Personen, die alleine oder in Ein-

elternhaushalten mit minderjährigen Kindern lebten, Personen ohne nach-obligatorische Ausbildung und Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige besonders häufig als arm eingestuft.

Armut ist meist von kurzer Dauer

Mit einer über vier Jahre dauernden Erhebung hat das BFS erstmals untersucht, wie lange einzelne Menschen von Armut betroffen sind. Von 2013 bis 2016 wurde demnach gut jede achte Person (12,3 Prozent) in mindestens einem Jahr als arm bewertet, also deutlich mehr Personen, als die jährlichen Armutsquoten aufzeigen.

Der grösste Teil dieser Armutsbe-troffenen verfügte allerdings laut BFS relativ rasch wieder über ein Einkommen oberhalb der Armuts-grenze.

Über den ganzen Zeitraum hinweg lit-ten lediglich 0,9 Prozent der Bevöl-kerung dauerhaft unter Armut. 1,2 Prozent waren es während dreier Jahren, 2,5 Prozent in zwei und 7,7 Prozent in einem der vier Jahre.

Bessere Lage als in der EU

Im europäischen Vergleich steht die Schweiz gemäss BFS weiterhin gut da. 2016 lag die international gebräuch-liche Armutsgefährdungsquote hierzu-lande mit 14,7 Prozent unter dem Durchschnitt der Europäischen Union von 17,3 Prozent. Die Schweiz gehört auch zu den Ländern mit dem tiefsten Anteil an langzeitgefährdeten Perso-nen. 4,2 Prozent waren in vier von vier Jahren gefährdet, halb so viele wie im europäischen Schnitt.

In Bezug auf die materielle Ver-sorgung zählt die Schweiz ebenfalls zu den bestplatzierten Ländern Europas. Ihre Quote der materiellen Entbehrung, welche als finanziell bedingter Mangel in drei von neun Lebensbereichen defi-niert ist, betrug 5,3 Prozent. In der EU machte sie beinahe das Dreifache aus.

Anders als das BFS geht die Caritas von einer tatsächlichen Zunahme der Armut aus. Das Hilfswerk fordert des-halb in einer Stellungnahme Bund, Kantone und Gemeinden auf, dieser Entwicklung eine wirksame Armuts-politik entgegenzusetzen. Risiken wie Aussteuerung, Langzeitarbeitslosigkeit oder Scheidung seien heute nicht ab-gesichert und darum eine neue sozial-politische Herausforderung.

Die «Schweizer Tafel» warnte ges-tern davor, Armut als Randphänomen zu betrachten. Die Organisation, die überschüssige Lebensmittel an Bedür-ftige verteilt, spricht sich für mehr Soli-darität mit den Betroffenen aus und erinnert Politiker «bei allen Diskus-sionen um Sparmassnahmen» an ihre Verantwortung.

Grenze bei 2247 Franken

Als arm gelten Personen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um die für ein gesellschaftlich integriertes Leben notwendigen Güter und Dienst-leistungen zu erwerben. Vermögens-werte werden in der Armutsstatistik, die auf einer Erhebung bei 17 000 Per-sonen basiert, nicht einbezogen.

Die verwendete Armuts-grenze leitet sich von den Richtlinien der Schweizer-ischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ab. Im Jahr 2016 betrug sie durch-schnittlich 2247 Franken pro Monat für eine Einzelperson und 3981 Franken für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. SDA

Nachrichten

Kommission gegen Rechtsvorbeifahren

Bern. Die Verkehrskommission des Ständerats (KVF) will das Rechts-vorbeifahren auf Autobahnen nicht generell zulassen. Eine Motion aus dem Nationalrat mit dieser Forderung lehnte sie mit 7 zu 4 Stimmen bei 2 Ent-haltungen ab. Das Rechtsvorbeifahren soll für flüssigeren Verkehr sorgen. Das Verbot des Rechtsüberholens jedoch, bei dem die Spur gewechselt wird, würde beibehalten. Schon nach geltendem Recht sei das Rechtsvorbeifahren in gewissen Situationen erlaubt, schreibt die KVF. Generell erlauben will sie das Rechtsvorbeifahren wegen Sicher-heitsbedenken aber nicht. SDA

Weniger Fahrzeuge neu angemeldet

Neuenburg. 412 827 Motorfahrzeuge sind 2017 in der Schweiz neu zuge-lassen worden. Das sind 0,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Um 1,3 Prozent auf 315 032 zurückgegangen ist die Zahl der neu in Verkehr gesetzten Personenwagen. Markant weniger Käufer als im Vorjahr entschieden sich für einen Diesel: Die Zahl der neu zugelassenen Autos mit Dieselmotor ging um 9,4 Prozent auf 113 848 zurück. Gewachsen, aber auf viel tiefe-rem Niveau, ist die Zahl der Autos mit Hybrid- und Elektroantrieb. SDA

Kommission weist Fernbusse in Schranken

Bern. Der Nationalrat glaubt nicht, dass Fernbusse die Bahn ernstlich in Bedrängnis bringen können. Er hat neue Einschränkungen abgelehnt. Die Verkehrskommission des Ständerats (KVF) ist anderer Meinung. In der Vorlage Organisation der Bahninfra-struktur will sie Regeln zum Schutz vor Rosinenpickerei durch private Fern-busunternehmen verankern. Einstimmig abgelehnt hat die KVF eine Motion aus dem Nationalrat, die ein nationales Konzept für Busterminals verlangte. SDA

31 Millionen für die Bergbevölkerung

Adliswil. Bei der Schweizer Berghilfe sind 2017 Spenden und Nachlässe in Höhe von 31,2 Millionen Franken eingegangen. Das ist so viel wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Die «ausserordent-liche Zunahme» sei vor allem auf Gross-spender zurückzuführen, wie die Stif-tung mitteilt. 2014 hat die Schweizer Berghilfe nach eigenen Angaben 490 Projekte mit 21,4 Millionen Franken unterstützt und so «innovativen, zukunftsweisenden und notwendigen Vorhaben der Bergbevölkerung zur Realisierung verholfen». SDA

Umweltkommission will CO₂-Ausstoss senken

Bern. Die Mehrheit der nationalrät-lichen Umweltkommission will etwas gegen den Klimawandel tun. Sie ist auf die Totalrevision des CO₂-Gesetzes eingetreten und kann nun über die Details beraten. Gemäss einer Mit-teilung fiel der Entscheid mit 17 zu 8 Stimmen. Eine Minderheit beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. In ihren Augen stellen die damit verbun-denen Kosten eine grosse Belastung für die Wirtschaft und Bevölkerung dar. Ausserdem stünden Schweizer Unter-nehmen bereits vorbildlich da bei der Reduktion des CO₂-Ausstosses. SDA

Palliative Care soll allen zur Verfügung stehen

Bern. Viele Menschen in der Schweiz wollen auf das Lebensende vorbereitet sein. Das zeigt eine Studie des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Vier von fünf Personen sind der Meinung, dass Palliative Care allen schwerkranken und sterbenden Men-schen in der Schweiz zur Verfügung stehen sollte. Mehr als 80 Prozent der Befragten denken über das Lebens-ende nach. Über zwei Drittel haben sich bereits konkret Gedanken dazu gemacht, welche Art der Behandlung und Betreuung sie am Lebensende in Anspruch nehmen möchten. SDA